
Vertrauliche Dokumente veröffentlicht

Vertrauliche Dokumente bringen dunkle Steueroasen-Geschäfte ans Licht

Barbara Schäder, 04.04.2013 19:21 Uhr



Die Cook-Inseln nutzen manche auch als Steueroase. Foto: dpa

Frankfurt - Vom verstorbenen Playboy Gunter Sachs über die Diktatoren-Tochter Maria Imelda Marcos Manotoc bis hin zu ganz normalen Mittelständlern reicht die Liste der Personen, die laut Recherchen internationaler Medien Geld in Steuerparadiesen geparkt haben sollen. Ihre Namen stammen aus einem Datensatz, der einer internationalen Journalistenorganisation zugespielt wurde. Die Auswertung der Daten lieferte laut Berichten der beteiligten Medien zahlreiche Hinweise auf Steuerhinterziehung. Laut „Süddeutscher Zeitung“ tauchen in den Unterlagen auch die Namen von Hunderten Deutschen auf.

Zwar sei eine solche Erwähnung noch kein Beweis für illegales Verhalten, sagte der Steuerexperte Christoph Spengel der Stuttgarter Zeitung. „Jeder kann sein Geld anlegen, wo er will. Ein Deutscher, der hier ansässig ist, muss aber seine Einkünfte beim deutschen Fiskus deklarieren“, erläutert der Professor für

Steuerlehre an der Universität Mannheim. Daran bestehe bei Anlagen etwa auf den Cook-Inseln durchaus Zweifel. „Denn wenn man sie ohnehin deklariert, würde sich eine Anlage dort ja nur lohnen, wenn dort besonders hohe Erträge zu erwarten wären“, sagt Spengel. Bei einer Inselgruppe mit nur 13 000 Einwohnern und ohne nennenswerte Industrie wäre eine solche Erwartung zumindest erklärungsbedürftig. Das Bundesfinanzministerium interessiert sich jedenfalls sehr für die Daten. Auch die Deutsche Steuergewerkschaft rief die an den Recherchen beteiligten Verlage am Donnerstag auf, die Informationen an den Fiskus weiterzuleiten. Das zeigt, wie hilflos der Staat im Kampf gegen Steuerhinterziehung noch immer ist – obwohl in den vergangenen Jahren zahlreiche Fiskalparadiese Besserung gelobten. Die Organisation für Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) strich 2009 mit Andorra, Liechtenstein und Monaco sogar die letzten drei Staaten von ihrer Liste „unkooperativer Steueroasen“.

Informationsaustausch über Inhaber ausländischer Konten brachte den Steuerverwaltungen mehr Einnahmen

Die Zeit der Geheimniskrämerei bei den Banken sei vorüber, bilanzierte die OECD im Herbst 2011. Von 2009 bis 2011 habe der verstärkte Informationsaustausch über Inhaber ausländischer Konten den Steuerverwaltungen von 20 Staaten in Europa, Asien und Amerika mindestens 14 Milliarden US-Dollar an zusätzlichen Einnahmen gebracht. „Da hat es deutliche Fortschritte gegeben“, meint auch Steuerexperte Spengel. „Entscheidend dafür war die internationale Zusammenarbeit innerhalb der OECD und zwischen den G20-Staaten.“

Demgegenüber meldete das Tax Justice Network, eine internationale Organisation für mehr Steuergerechtigkeit, vor wenigen Monaten: „Superreiche halten mindestens 21 Billionen US-Dollar in Steueroasen versteckt“. Möglicherweise seien es sogar 32 Billionen, schrieb die Gruppe unter Berufung auf eine Studie des ehemaligen Chefökonom von McKinsey, James Henry. Er stützt seine Schätzung unter anderem auf Ungereimtheiten in den Statistiken über internationale Kapitalflüsse, die er auf undeklarierte Finanzströme zurückführt. Seine Zahlen fallen allerdings aus dem Rahmen, die höchste je von der OECD veröffentlichte Schätzung belief sich auf elf Billionen US-Dollar.

Dass noch immer gewaltige Vermögen in Steueroasen schlummern, scheint jedenfalls gewiss. Umstritten ist aber, ob der Abfluss von Steuermitteln durch die in den vergangenen Jahren geschlossenen Abkommen mit Staaten wie der Schweiz und Liechtenstein zumindest eingedämmt wurde.

Weltweit sollten gültige Verträge geschlossen werden

Eine im Herbst veröffentlichte Studie des dänischen Wissenschaftlers Niels Johannesen von der Universität Kopenhagen und seines französischen Kollegen

Gabriel Zucman von der Pariser School of Economics kam diesbezüglich zu einem ernüchternden Ergebnis: Die Bankeinlagen von Ausländern in 18 untersuchten Steuerparadiesen seien von 2008 bis 2011 praktisch stabil geblieben, stellten die beiden Forscher fest. Es habe lediglich Verschiebungen gegeben, etwa von Jersey nach Hongkong. Ein großes Defizit im Kampf gegen die Steuerflucht sehen die Wissenschaftler darin, dass die Abkommen über eine verstärkte Zusammenarbeit von Fall zu Fall zwischen einzelnen Ländern ausgehandelt werden. Stattdessen sollten weltweit gültige Verträge geschlossen werden, mahnen die Forscher. Und: Die Steueroasen sollten verpflichtet werden, Informationen über ausländische Anleger automatisch weiterzugeben – nicht nur auf gezielte Anfragen. Denn dafür müssen die Heimatländer in der Regel schon die Namen der Verdächtigen kennen.

Noch schwieriger dürfte nach Einschätzung von Steuerexperte Spengel eine gerechtere Verteilung der Steuerzahlungen internationaler Konzerne zu erreichen sein. US-Unternehmen wie die Kaffeekette Starbucks waren zuletzt wegen ihrer geringen Steuerzahlungen in Europa in die Kritik geraten. Diese Praxis sei allerdings legal und ließe sich nur durch internationale Abkommen ändern, sagt Spengel. „Man könnte durchaus festlegen, dass ein Unternehmen in jedem Land, in dem es größere Umsätze erwirtschaftet, auch einen Teil des Gewinns versteuert.“ Doch daran hätten die USA wohl wenig Interesse. Auch hätten US-Konzerne viel Spielraum, einen Teil ihres Gewinns auf Kapitalgesellschaften in Steueroasen zu übertragen.